

Legislaturziele der SVP-Fraktion bis 2023

Das wollen wir für die Schweiz erreichen

Im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen 2019 haben sämtliche Kandidierende der SVP den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern versprochen, die Werte, Traditionen und Stärken der Schweiz zu verteidigen und für Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Wohlstand unseres Landes einzustehen. Sie haben sich verpflichtet, sich einzusetzen, damit die Schweiz Schweiz bleibt. Dieses Wahlversprechen bildet das Fundament der Legislaturziele 2019 – 2023 der SVP-Fraktion.

FREIHEITSBUND

Die Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte. In keinem anderen Land verfügen die Bürgerinnen und Bürger über so viel Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Wohlstand wie in der Schweiz. Die Gründe dafür sind unsere direkte Demokratie, unser Föderalismus, unsere Neutralität und unsere Unabhängigkeit. Doch diese bewährten Stärken sind nicht selbstverständlich und geraten immer wieder in Gefahr. Deshalb müssen wir uns auch immer wieder auf unsere Werte besinnen und diese verteidigen:

- I. Wir wollen eine freie Schweiz. Wir wollen keinen Unterwerfungsvertrag mit der EU und keine Anerkennung fremder Richter, damit die Schweizerinnen und Schweizer weiterhin selber bestimmen können, was sie wollen und was sie nicht wollen.
- II. Wir wollen eine sichere Schweiz. Unser Staat muss ohne Wenn und Aber für Sicherheit sorgen. Darum gehören Gewalttäter hart bestraft und kriminelle Ausländer ausgeschafft.
- III. Wir wollen eine lebenswerte Schweiz. Wir sagen Nein zur masslosen Zuwanderung und zu einer 10-Millionen-Schweiz, damit wir weiterhin in einer schönen und intakten Heimat leben können.
- IV. Wir wollen eine weltoffene Schweiz, die die Beziehungen mit allen Ländern der Welt pflegt. Wir lassen uns nicht erpressen und verteilen nicht noch mehr Milliarden ins Ausland, während unserer AHV das Geld ausgeht.
- V. Wir wollen keine neuen Gesetze, Verbote und Regulierungen, die höhere Steuern und Gebühren für alle bringen. Denn wir wollen, dass dem Mittelstand Ende Monat mehr Geld im Portemonnaie zum Leben bleibt.



ZIELE, FORDERUNGEN UND MASSNAHMEN DER FRAKTION

Auf Basis der Wahlversprechen hat die Fraktion für die Legislatur 2019-2023 Ziele, Forderungen und Massnahmen definiert. Diese dienen als konkrete Orientierungspunkte für die parlamentarische Arbeit. Der Linksrutsch im Parlament soll die SVP nicht davon abhalten, die Erfolgspfeiler der Schweizer weiter zu verteidigen und sich für die Interessen der Schweizerinnen und Schweizer einzusetzen.



Erhalt der freien, unabhängigen, neutralen und selbstbestimmten Schweiz mit ihrer direkten Demokratie

Während sich die übrigen Fraktionen im Parlament bei der EU und internationalen Organisationen anbieten, wird sich die SVP kompromisslos für die Interessen der Schweiz einsetzen. Als oberstes Ziel gilt es, die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz zu bewahren und jedwede Abtretung von Entscheidungsbefugnissen an internationale Organisationen oder die Unterwerfung unter fremde Richter zu verhindern. Daher wird die SVP-Fraktion das institutionelle Abkommen mit der EU (sogenanntes Rahmenabkommen) mit allen Mitteln bekämpfen. Ein Land, das sein Schicksal in die Hände von EU-Bürokraten legt und Volksabstimmungen nur noch als Abnicken von Entscheidungen aus Brüssel ansieht, ist nicht mehr unabhängig und seine Bürger sind nicht mehr frei.

Kein schleichender EU-Beitritt

- Verhindern der institutionellen Anbindung (Rahmenvertrag) an die EU bzw. eines schleichenden EU-Beitritts.
- Keine Marktzugangsprämien (EU-Kohäsionsmilliarde).
- Keine dynamische/automatische Übernahme von EU-Regulierungen.

Erhalt der Neutralität und keine unnötige völkerrechtliche Bindung

- Schweizer Einsitz im UNO-Sicherheitsrat verhindern und Debatte über die Schweizer Neutralität anführen.
- Ablehnung des UNO-Migrationspakts.
- Keine Übernahme von Soft Law ohne Kontrolle durch das Parlament.

Stärkung von Unabhängigkeit, Föderalismus und Demokratie

- Fokus auf die Landesversorgung: Pflichtlager und Energiebedarf müssen unabhängiger von den störanfälligen globalisierten Lieferketten werden.
- Stärkung von Föderalismus und direkter Demokratie.
- Notrecht / besondere Lage nach Epidemiengesetz: Stärkung des Parlaments und Einschränkung der alleinigen Macht des Bundesrates.



Mehr Sicherheit durch die konsequente Bekämpfung der (Ausländer-) Kriminalität und eine zeitgemäss ausgerüstete Milizarmee.

Hauptaufgabe des Staates ist es, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Daher darf bei Gewaltverbrechen und speziell bei körperlicher oder sexueller Gewalt gegen Behörden, Beamte, Frauen und Minderjährige keine falsche Toleranz gezeigt werden. Anstrengungen von Links, welche den Schutz von Straftätern zum Ziel haben, wird die SVP-Fraktion konsequent bekämpfen. Ausländer, die kriminell werden und unser Gastrecht missbrauchen, sind konsequent auszuweisen; entsprechende Volksentscheide sind umzusetzen. Zur Abwehr von Gefahren, Katastrophen und Notlagen steht die SVP hinter der bewährten Milizarmee und wird sich dafür einsetzen, dass diese das notwendige Personal und Material erhält, um ihren Auftrag zugunsten der Schweizer Bevölkerung erfüllen zu können. Die Wehrpflicht darf nicht zur Farce verkommen.

Verschärfung des Strafrechts

- Die Interessen der Opfer sind konsequent höher zu gewichten als jene der Täter.
- Erhöhung des Mindeststrafmasses bei Delikten an Leib und Leben.
- Erhöhung des Strafmasses bei sexuellen Handlungen mit Kindern.
- Abschaffung der Anerkennung von Kinderehen und strikere Verfolgung von Zwangsheiraten.
- Härtere Sanktionen bei Gewalt und Drohungen gegen Angehörige der Blaulichtorganisationen.
- Ausweitung der Unverjährbarkeit auf schwere Gewaltdelikte.

Kein Import von Kriminalität

- Monitoring der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative, allenfalls Verschärfungen.
- Sicherstellung, dass im Rahmen von Strafverfahren und Verurteilungen die Nationalität sowie ein allfälliger Migrationshintergrund der Täterschaft öffentlich mitgeteilt werden muss.
- Ausschluss von straffälligen Ausländern aus den Sozialversicherungen.
- Grenzschutz und Grenzwachkorps stärken.

Angemessene Instrumente zur Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung

- Zeitgemässe Ausrüstung der Armee: Ersatz der Kampfflugzeuge, Material für Bodentruppen erneuern, Rüstungsbeschaffung weiter optimieren und Schweizer Rüstungsindustrie erhalten.
- Bestandesprobleme von Armee und Zivilschutz lösen mittels Durchsetzung der Wehrpflicht und Senkung unerwünschter Abgänge in den Zivildienst oder in die Untauglichkeit.
- Terrorabwehr stärken: Einreiseverbot bzw. Entzug des Bürgerrechts und Ausschaffung bzw. sichere Unterbringung von Gefährdern.
- Cyberabwehr stärken, aber als Verbundaufgabe gemeinsam finanziert, nicht allein auf Kosten der Armee.



Erhalt einer lebenswerten Heimat mittels Verhinderung der 10-Millionen-Schweiz durch die eigenständige Steuerung der Zuwanderung und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Unser Land muss lebenswert bleiben. Darum wird sich die SVP-Fraktion weiterhin für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (Artikel 121a der Bundesverfassung) und damit für die Reduktion der viel zu hohen Zuwanderung einsetzen. Dieses ungesunde Wachstum führt zu immer mehr Zersiedelung und zu einer Überlastung unserer Infrastrukturen sowie einer grossen Belastung unserer Natur und Umwelt. Die bäuerliche Verankerung der SVP ist die Basis für eine sinnvolle Umweltpolitik mit dem Ziel, einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad zu erreichen. Migration muss der Schweiz einen Nutzen bringen. Die humanitäre Tradition der Schweiz darf mit der naiven Offenhaltung der Landesgrenzen nicht dem Missbrauch ausgeliefert werden. Nur wer unseren Schutz verdient, soll in der Schweiz bleiben dürfen. Wer sich illegal hier aufhält, ist auszuweisen. Wer den illegalen Aufenthalt fördert, ist zu sanktionieren.

Migrationspolitik zum Nutzen der Schweiz

- Einsatz für eine eigenständige Migrationspolitik ohne Umsiedlungsprogramme oder Beteiligung an EU-Verteilschlüsseln.
- Attraktivität der Schweiz als Zielland für Wirtschaftsmigranten verringern.
- Asylgründe hinterfragen: keine Anerkennung von Klima- oder Armutsflüchtlingen.

Keine Toleranz gegenüber Illegalen

- Keine Regularisierung von abgewiesenen Asylsuchenden und illegalen Migranten (Sans-Papiers).
- Sanktionen für Arbeitgeber, die illegale Migranten (Sans Papiers) beschäftigen.

Systematische Grenzkontrollen

- Wiedereinführung von systematischen Grenzkontrollen und konsequentere Umsetzung des Dubliner Abkommens.
- Rückführung abgelehnter Asylbewerber: Reform des Status F.
- Anhaltender Druck auf Bundesrat zum Abschluss zusätzlicher Rückübernahmeabkommen.
- Zunehmende politische Einmischung der Gerichte in die Asyl- und Migrationspolitik unterbinden.

Schweizer Identität bewahren

- Stärkung der christlich-abendländischen Werte: Integration ist eine Obliegenheit der Zuwanderer und muss konsequent eingefordert werden.
- Rasche Umsetzung des Verhüllungsverbots (Artikel 10a der Bundesverfassung).
- Einsatz gegen häusliche Gewalt und klare Benennung der nicht integrierten Macho-Täter.

Ausrichtung der Agrarpolitik auf eine produzierende und ertragreiche Landwirtschaft auszurichten

- Produzierende Landwirtschaft unterstützen, die ihren verfassungsmässigen Auftrag, die Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln zu versorgen erfüllt
- Stärkung des Selbstversorgungsgrades und Sicherstellung, dass der Agrar- und Lebensmittelsektor Zugang zu hochwertigen lokalen Rohstoffen hat
- Ablehnung der Umweltpolitik auf Kosten der einheimischen Produktion.
- Begrenzung der Zersiedelung und Schutz von Kulturland.
- Agrarpolitische Experimente unter dem Deckmantel der Umwelt- und Klimapolitik abwehren.
- Einkommen in der Landwirtschaft erhöhen.
- Administrative Vereinfachung.
- Flächendeckende Bewirtschaftung, keine Verwaltung, Verbuschung und Vergandung der Flächen.



Entlastung des Mittelstandes und der Unternehmen (insbesondere der KMU) durch weniger Verbote und Regulierungen, eine Senkung der Steuer-, Abgaben- und Gebührenlast sowie eines Stopps des Staatswachstums.

Mit dem nach Links gerückten Parlament wird der Ruf nach staatlichen Massnahmen weiter zunehmen. Diesem Ausbau auf Kosten der Steuerzahler und der unternehmerischen Eigenverantwortung wird die SVP-Fraktion entschieden entgegenzutreten. Stattdessen wird sie sich für eine Plafonierung der ordentlichen Bundesausgaben und gegen neue Steuern und Abgaben einsetzen. Die Überregulierung ist wirksam zu bekämpfen und die Konsequenzen neuer Gesetze sind schonungslos offenzulegen. Unternehmer, die das wirtschaftliche Risiko auf sich nehmen, müssen von der Bürokratie entlastet werden, statt dass ihnen der Staat immer neue Auflagen macht. Anstelle neuer ideologischer Klimaabgaben und Regulierungen sind die seit Jahren überlasteten Infrastrukturen mit den vorhandenen Mitteln auszubauen.

Staatswachstum stoppen

- Ordentliche Bundesausgaben plafonieren.
- Plafonierung der Personalausgaben beim Bund, Realisierung der Effizienzgewinne durch Digitalisierung und Überarbeitung des Qualifikations- und Lohnsystems.
- Jegliche Aufweichung der Schuldenbremse verhindern und allfällige Überschüsse weiterhin konsequent in den Schuldenabbau investieren.
- Senkung der APD-Quote (Entwicklungszusammenarbeit) und die Abteilung Menschliche Sicherheit stärken.

Regulierung abbauen

- Einführung Regulierungsbremse.
- Statistikaufwand für KMU reduzieren (Kein Zwang zur Datenlieferung ohne Entschädigung oder Abzugsmöglichkeit).
- Konsum- und Werbeverbote bekämpfen.

Steuerwettbewerb erhalten

- Kantonaler Steuerwettbewerb erhalten und Fehlanreize für Nehmerkantone im NFA beseitigen.

- Abschaffung der Heiratsstrafe durch Vollsplitting; Schutz der Ehe als «Wirtschaftsgemeinschaft».
- Verhinderung von Steuer- und Gebührenerhöhungen.
- Verhinderung der jüngsten OECD-Steuerreform und anderer internationaler Umverteilungsprojekte.
- Umfassende Aufgabenüberprüfung und Entflechtung der Bundes- und Kantonsaufgaben.
- Die Bevölkerung ausserhalb der grossen Städte stärken.

Unternehmertum belohnen

- Mehr Freiheit und weniger Regulierungen, Vorschriften und Verbote zur Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- Flexible und moderne Ausgestaltung des Arbeitsmarkts: Arbeitszeit flexibilisieren und Selbstständigkeit stärken.
- Keine neuen, überbordenden Meldestellen für Whistleblowing, Mobbing oder ähnliches.
- Ausbau der Regulierung im Finanzplatz Schweiz stoppen.
- Keine Ausbreitung des Staates in neue Geschäftsfelder (Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips).

Bargeldverkehr nicht noch weiter einschränken

- Bargeldverkehr – bzw. das Bargeld – weder abschaffen noch weiter einschränken.

Der Schutz der Familie als Gegenmittel gegen die Allmacht des Staates

- Einsatz gegen die Einmischung des Staates in das Privatleben.
- Gleiche Rechte und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit sind für die SVP eine Selbstverständlichkeit, weitere bürokratische Regelungen wie eine Lohnpolizei oder Frauenquoten sind nicht zweckmässig.
- Die SVP unterstützt die freie Meinungsäusserung und lehnt jede Ausweitung der Diskriminierungsstrafnorm ab.

Keine staatlich verordnete Gleichstellung

- Bekämpfung von Quoten, Minimalvorschriften und Kontrollmechanismen, welche die unternehmerische Handlungsfreiheit beschränken.

Keine neuen Klimasteuern und -abgaben

- Minimierung der CO₂-Abgaben.
- Keine Flugticketabgabe.
- Kein Investitionszwang in neue Heizungen bei Altbauten.

Eine sichere Energieversorgung mit Zukunft

- Inländische Energieproduktion stärken.
- Technologieneutralität des Energiemix (fossil und erneuerbare Energieträger, Kernkraft).
- Sichere, bezahlbare Energieversorgung der Unternehmen und Haushalte.

Für einen bezahlbaren Verkehr als Lebensader der Wirtschaft

- Neue Finanzierungsmodelle, ohne die ländlichen Regionen zu benachteiligen.
- Gegen jegliche Benachteiligung von Verkehrsträgern und für die freie Wahl des Verkehrsmittels.
- Neue Finanzierungsmodelle dürfen zu keiner Mehrbelastung führen. Sie müssen kostenneutral erfolgen.

Besserer Schutz des einheimischen Bodens

- Verdichtung ermöglichen, indem beim ISOS Schwerpunkte gesetzt werden.
- Förderung der Nutzungsänderung von nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Gebäuden ausserhalb der Bauzone

Notwendige Infrastrukturen bereitstellen

- Stautunden reduzieren durch Vorantreiben längst überfälliger Strassenausbauten.

- Kein Mobility- oder Road-Pricing.
- Kein Auspielen des öffentlichen Verkehrs gegen den Individualverkehr.
- Radio- und TV-Gebühren senken und ungerechte Mehrfachbelastungen beseitigen.



Einsatz für eine finanzierbare und für die Allgemeinheit tragbare soziale Absicherung sowie Gesundheitsversorgung.

In erster Linie sollen sich die Menschen in der Schweiz aus eigenem Antrieb für eine gute Alters- und Gesundheitsvorsorge stark machen. Darüber hinaus soll der Sozialstaat als Auffangnetz, aber nicht als Umverteilungsmaschinerie fungieren. Die erste und zweite Säule sind ohne Leistungsausbau zu reformieren, damit die Generationengerechtigkeit wiederhergestellt wird. Die Schaffung neuer Sozialversicherungen, Förderinstrumente und dergleichen lehnt die SVP-Fraktionen kategorisch ab, solange die bestehenden Sozialwerke nicht langfristig gesichert sind. Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist in den Griff zu kriegen, wobei die durch die Allgemeinheit finanzierten Gesundheitsleistungen zu überprüfen sind.

Altersvorsorge reformieren und sichern

- Sicherung und konsequente Beibehaltung des 3-Säulensystems in der Altersvorsorge.
- AHV-Reform: Referenzalter 65 für alle.
- BVG-Reform: Nein zu systemfremden Umverteilungsmechanismen.
- Bessere Anreize für die freiwillige Vorsorge mittels Ausbaus der 3. Säule.

Kein Ausbau des Sozialstaats

- Nein zu einem staatlich finanzierten Elternurlaub.
- Anschubfinanzierungen für Fremdbetreuung streichen.
- Einführung und Ausbau der Frühförderung ab Geburt verhindern.
- Kein Export von Sozialversicherungsleistungen an im Ausland lebende Ausländer.

Kostenexplosion im Gesundheitswesen bremsen

- Kampf gegen Überversorgung und Mengenausweitung im Gesundheitswesen (Spitalplanung, Zulassungssteuerung für Ärzte etc.).
- Ablehnung der schädlichen SP-Prämieninitiative und der nutzlosen CVP-Prämieninitiative.

Eigenverantwortung statt Rundum-Sorglospaket

- Stärkung der Selbstvorsorge und Eigenverantwortung in der Alterspflege und im Gesundheitswesen.
- Erhöhung der Maximalfranchisen.
- «Krankenkasse light» für Personen mit ungeklärtem Aufenthaltsrecht.

Kostensenkende Massnahmen umsetzen

- Senkung der Prämienlast in der OKP durch Einschränkung des Leistungskatalogs auf die Kriterien Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit (WZW).
- Entbürokratisierung und Digitalisierung des Gesundheitswesens.
- Erhöhung des Generika-Anteils bei den Medikamenten.
- Entflechtung der Rolle der Kantone.

Sinnvolle Ausbildungsförderung von inländischem Gesundheitspersonal

- Keine teure Verakademisierung in der Gesundheitsversorgung und Pflege.
- Staatlich unterstützte Ausbildungsoffensive in Mangelberufen.
- Ausbildung von Hausärzten und Allgemeinmedizinerinnen den Vorrang geben.